Geschrieben von: Lorenz
Mittwoch, den 05. Dezember 2012 um 13:14 Uhr

Arbeitsplatzerhalt, Ausbau von Schifffahrt und Wassertourismus: LöMö und Genossen wollen die Schifffahrt auf der Weser über Wasser halten

Hameln (wbn). Die Oberweser muss weiterhin „schiffbar“ bleiben. Das ist das Signal, das die heimische Bundestags-abgeordnete Gabriele Lösekrug-Möller (kurz LöMö) zusammen mit ihren Parteikollegen aus Hessen und Niedersachsen an die Adresse des Bundesverkehrs-ministeriums richtet.

Nicht nur die Weserversalzung, auch der Bundesverkehrs-minister versalzt mit seinen Planungen die Zukunft von Werra und Weser. Bundesverkehrsminister Ramsauers „unsägliche Wasser- und Schifffahrtsreform“ hätte fatale Folgen für die Region, heißt es in einer gmeinsamen Erklärung bei einem Treffen in Bad Karlshafen. Stattdessen müssten die Schifffahrt und der Wassertourismus ausgebaut und die Arbeitsplätze des Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) in Hannoversch Münden mit 190 Beschäftigten mit allen Befugnissen erhalten bleiben.

(Zum Bild: Auf der Mittelweser bei Nienburg ist der Güterverkehr noch möglich – in Hameln ist die traditionsreiche Wasserstraße zu einer Sackgasse für die Personenschifffahrt geworden. Archivfoto: Weber)

Fortsetzung von Seite 1

Wenn der Bund die Weser nicht mehr für den Transport von Gütern vorsehe und nicht bewirtschafte, drohten Arbeitsplätze vernichtet zu werden, gaben die Sozialdemokraten zu bedenken. Unternehmen würden Wirtschaftswege abgeschnitten, der Hochwasserschutz werde gefährdet. Regionale Schleusen und Uferanlagen würden verfallen – auch an Fulda und Werra. Zudem wolle der Bund das Wasser- und Schifffahrtsamt Hannoversch Münden zur Nebenstelle degradieren. Damit würden die Regionen Nordhessen und Südniedersachsen aber kompetente und flexible Ansprechpartner vor Ort verlieren.

„Ramsauers Planungen für eine riesige Zentrale in Bonn, die den Steuerzahler viel Geld kostet, müssen sofort eingestellt werden“. Auch in Zukunft müsse in die regionalen Wasserstraßen investiert werden, um Güterverkehr, Hochwasserschutz und Fahrgast- und Sportbootschifffahrt sicherzustellen.